

ZUKUNFT

Hauptsache Arbeit

SPD und Grüne brechen mit einem Tabu: Die lang geschmähte Zeitarbeit soll nun im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.

Der Niederländer Frits Goldschmeding hält die Deutschen für ziemlich altmodisch. Zumindest in Sachen Zeitarbeit.

Goldschmeding ist Chef der niederländischen Zeitarbeitsfirma Randstad, er hat allein mit seinem Unternehmen rund 800 000 Jobs geschaffen. Nur in der Bundesrepublik kommt er nicht recht voran.

Strenge Auflagen hindern ihn an der Expansion, klagte er gegenüber dem SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, der ihn vorvergangene Woche besuchte: „Die Deutschen sehen uns als traurige Folge des Problems am Arbeitsmarkt, die Niederländer als Lösung des Problems.“

Lange galt die als „Leiharbeit“ verpönte Kurzzeitbeschäftigung als Arbeitsplatz zweiter Klasse, lange machten die Gewerkschaften erfolgreich Stimmung gegen die meist um 20 oder 30 Prozent unter Tarif bezahlten Mini-Jobs. Die Betreiber der Firmen galten als „Sklavenhändler“.

In der Baubranche sind solche Stellen deshalb fast komplett verboten, für andere Wirtschaftsbereiche gelten vergleichsweise strenge Vorgaben für Zeiträume und Häufigkeit der Vermittlung. So sind gerade mal 0,6 Prozent der deutschen Erwerbstätigen als Zeitarbeiter beschäftigt, in den Niederlanden sind es bereits 3,2 Prozent.

Nun bahnt sich ein Gesinnungswandel an: Ausgerechnet SPD und Grüne, traditionell eher den Interessen der Gewerkschaften verpflichtet, entdecken die Zeitarbeit als Zukunftsthema. Seit sich die Debatte um Scheinselbstständigkeit und 620-Mark-Jobs zuspitzt, gelten die Zeitarbeitsplätze als kleineres Übel, denn hierfür ist immerhin die Sozialversicherungspflicht.

Auf Schröders Randstad-Visite soll schon bald ein Gegenbesuch folgen, auf einem der Wahlkampf-Kongresse der SPD im Juni wird die Schröder-Partei



T. RAUBACH / ARGUS

Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt: Personalabbau auf die sanfte Art

erstmals einen Zeitarbeitsvertreter als Gast präsentieren.

Die Grünen unternehmen ähnliche Lockerungsübungen. In seinem Buch über die Folgen der Globalisierung skizziert Fraktionschef Joschka Fischer die Zeitarbeit als Wachstumsfeld, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Andrea Fischer, lobt sie als Instrument der Frauenpolitik: „Wir entdecken das Thema wie alle, die in die Niederlande fahren, um zu lernen“, sagt sie. „Da wird doch jedem klar: An der Zeitarbeit führt kein Weg vorbei.“

Zu offensichtlich ist die Erfolgsgeschichte: Ausgerechnet in einer Zeit, in der überall Stellen verlorengehen, wächst diese Branche, deren Kapital die schnelle Jobvermittlung ist. Allein im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Mitarbeiter um mehr als 20 Prozent auf fast 180 000 an.

Ständig finden die Verleiher neue Arbeitgeber. Die Kundschaft reicht bis zum kanadischen Cirque du Soleil, der für seine Deutschland-Visite nur Künstler und Artisten einfliegt, aber keine Kartenverkäufer oder Verwaltungsangestellte. Auch auf der Weltausstellung Expo sind vor allem Zeitarbeiter im Einsatz: 30 000 pro Tag für drei Monate.

Etliche Großunternehmen in Deutschland nutzen die Zeitarbeit, um ihr Per-

sonal auf die sanfte Art zu verringern. So verhandelt die Deutsche Bank mit dem amerikanischen Marktführer Manpower über eine neue Gemeinschaftsfirma („Bankpower“), in der etwa 200 Mitarbeiter der Bank unterkommen sollen.

Formal bleiben sie Beschäftigte der Deutschen Bank. Tatsächlich sollen sie aber, wie bei jeder anderen Leihagentur, an fremde Unternehmen ausgeliehen werden – zum Beispiel an Versicherungen, Energiekonzerne oder Call-Center. Die Commerzbank verhandelt mit der Agentur Adecco über ein ähnliches Projekt.

Nordrhein-Westfalen fördert die Zeitarbeit bereits in Modellprojekten: 30 Niederlassungen der niederländischen Agentur „Start“, die Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und manchmal auch Behinderte verleiht, sind an Rhein und Ruhr aktiv. Wer ausgeliehen wird, bekommt vollen Tariflohn und arbeitet in einer normalen Firma.

Start unterscheidet sich von den kommerziellen Verleihfirmen. So werden die Mitarbeiter stärker betreut, und die Agentur bekommt in der Anlaufphase Geld vom Staat. Mittelfristig tragen sich auch diese Firmen selbst; in den Niederlanden ist Start zum zweitgrößten privaten Arbeitgeber aufgestiegen. Pro Jahr werden mehr als 200 000 Mitarbeiter ausgeliehen.

Selbst die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, in deren Selbstverwaltungen ein Drittel der Posten von Gewerkschaftsmitgliedern besetzt ist, zeigt neue Aufgeschlossenheit: Günter Weinzierl, Abteilungsleiter in der Nürnberger Jobbehörde, hat keine Bedenken mehr gegen die Verleihbranche. „Hauptsache, die Leute finden eine neue Stelle.“

